

Allgemeine Mandatsbedingungen (Stand 10.05.2026) / General Terms and Conditions of Mandate (as of 2026-05-10)

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten für alle Verträge, deren Gegenstand die Erteilung von Rat und Auskunft, eine etwaige Geschäftsbesorgung oder Prozessführung durch Barba & Partner Rechtsanwälte PartGmbH (im Folgenden: Rechtsanwälte oder Berufsausübungsgesellschaft) ist.

(2) Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten auch für Folgeverträge mit dem Mandanten/der Mandantin.

(3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Mandanten/der Mandantin finden nur Anwendung, wenn diese ausdrücklich schriftlich zwischen den Parteien vereinbart wurden.

(4) Änderungen dieser Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten für bereits bestehende Mandatsverhältnisse nur, wenn dies im Einzelfall individuell vereinbart wird. Für Folgeaufträge gilt jeweils die bei Mandatserteilung aktuelle Fassung der Allgemeinen Mandatsbedingungen.

§ 2 Zustandekommen und Inhalt des Mandats

(1) Das Mandat kommt erst durch die Annahme des Auftrags durch die Rechtsanwälte zustande. Bis zur Vertragsannahme bleiben die Rechtsanwälte in ihrer Entscheidung über die Mandatsannahme grundsätzlich frei.

(2) Der Umfang des Mandatsverhältnisses wird durch den konkreten Auftrag des Mandanten/der Mandantin begrenzt. Die insoweit vereinbarte Tätigkeit ist nicht auf die Erzielung eines bestimmten rechtlichen oder wirtschaftlichen Erfolgs ausgerichtet.

(3) Für Verbraucher/innen bestehen bei außerhalb der Kanzleiräume abgeschlossenen oder im Fernabsatz angebotenen Mandatsverträgen Widerrufsrechte gemäß den gesetzlichen Bestimmungen. Der Mandant/Die Mandantin wird hierüber gesondert informiert und erhält eine Widerrufsbelehrung sowie ein Muster-Widerrufsformular, die ihm/ihr im Rahmen des Mandats zur Verfügung gestellt werden.

(4) Die Rechtsanwälte führen das Mandat nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung nach bestem Wissen und Gewissen durch. Maßgeblich sind insbesondere die Regelungen der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA) sowie, soweit einschlägig, die Fachanwaltsordnung (FAO) und die auf die Rechtsanwälte anwendbaren berufsrechtlichen Vorschriften anderer Rechtsordnungen. Gemäß § 43f BRAO nehmen die Rechtsanwälte regelmäßig an Fortbildungen teil, um ihre Fachkenntnisse zu erhalten und zu erweitern.

(5) Der Auftrag wird grundsätzlich der Berufsausübungsgesellschaft erteilt, soweit nicht ausdrücklich bei Vertragsschluss etwas anderes vereinbart wird. Auch in diesen Fällen steht die Vergütung der Berufsausübungsgesellschaft zu. Jedes Mitglied der Berufsausübungsgesellschaft ist insoweit berechtigt, die Sachbearbeitung zu übernehmen. Zur Sachbearbeitung können auch angestellte Rechtsanwälte, freie Mitarbeiter, sonstige Rechtsanwälte und Anwälte ausländischer Rechtsordnungen sowie fachkundige Dritte herangezogen werden. Sofern hierdurch zusätzliche Kosten, wie etwa Sachverständigenkosten, entstehen, holen die Rechtsanwälte zuvor die Zustimmung des

§ 1 Scope of Application

(1) These General Terms and Conditions of Mandate apply to all contracts whose subject matter is the provision of legal advice and information, any related management of affairs or the conduct of litigation by Barba & Partner Rechtsanwälte PartGmbH (hereinafter: lawyers or professional practice entity).

(2) These General Terms and Conditions of Mandate also apply to any subsequent mandates with the client.

(3) General terms and conditions of the client shall only apply if they have been expressly agreed in writing between the parties.

(4) Amendments to these General Terms and Conditions of Mandate shall apply to existing mandates only if this is agreed on an individual basis in the specific case. For subsequent mandates, the version of the General Terms and Conditions of Mandate in force at the time the mandate is granted shall apply.

§ 2 Formation and Content of the Mandate

(1) The mandate is formed only upon acceptance of the engagement by the lawyers. Until the engagement is accepted, the lawyers are generally free in their decision whether or not to accept the mandate.

(2) The scope of the mandate is limited by the specific instructions given by the client. The activity agreed in this respect is not aimed at achieving a particular legal or economic outcome.

(3) For consumers, rights of withdrawal exist in accordance with statutory provisions, in relation to mandate agreements concluded outside the lawyers' offices or initiated by distance communication. The client shall be informed separately about this and shall receive instructions on the right of withdrawal as well as a model withdrawal form, which are made available to him/her in the context of the mandate.

(4) The lawyers conduct the mandate in accordance with the principles of proper professional practice, to the best of their knowledge and judgment, in particular in accordance with the provisions of the German Federal Code for Lawyers (Bundesrechtsanwaltsordnung – BRAO), the German Rules of Professional Conduct for Lawyers (Berufsordnung für Rechtsanwälte – BORA), and – where applicable – the German Specialist Lawyers' Regulations (Fachanwaltsordnung – FAO), as well as any professional conduct rules of other jurisdictions that are applicable to the lawyers. Pursuant to section 43f BRAO, the lawyers regularly participate in continuing professional education to maintain and expand their specialist knowledge.

(5) The engagement is generally granted to the professional practice entity, unless expressly agreed otherwise at the time of contract conclusion. Even in such cases, the remuneration is owed to the professional practice entity. Each member of the professional practice entity is therefore entitled to take over the handling of the matter. Employed lawyers, freelance staff, other lawyers, and lawyers admitted in foreign jurisdictions as well as other qualified third parties may also be involved in the handling of the matter. If this leads to additional costs, such as expert fees, the lawyers will obtain the prior consent of the client. Such consent is not required if the same costs would have been incurred had the lawyers performed the

Mandanten/der Mandantin ein. Eine solche Zustimmung ist nicht erforderlich, sofern durch die Durchführung des Auftrags durch die Rechtsanwälte die gleichen Kosten entstanden wären.

(6) Zur Einlegung und zur Rücknahme von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen sind die Rechtsanwälte nur verpflichtet, wenn sie einen darauf gerichteten Auftrag erhalten und diesen angenommen haben.

(7) Bei mehreren Auftraggebern in derselben Angelegenheit sind die Rechtsanwälte berechtigt, sämtliche Auftraggeber umfassend zu unterrichten, entgegenstehende Einzelweisungen eines Auftraggebers sind insoweit unbeachtlich. Einwendungen, die von einem der Auftraggeber gegenüber den Rechtsanwälten vorgenommen werden, oder Handlungen der Rechtsanwälte einem Auftraggeber gegenüber wirken für und gegen alle Auftraggeber. Bei widersprechenden Handlungen oder Erklärungen der Auftraggeber sind die Rechtsanwälte berechtigt, das Mandat zu kündigen.

(8) Verlangt der Mandant/die Mandantin während der Mandatsdurchführung eine Änderung des Auftrages, so sind die Rechtsanwälte verpflichtet, dem Änderungsverlangen Rechnung zu tragen, wenn die Durchführung des Änderungsverlangens ihnen zugemutet werden kann. Die Rechtsanwälte können in diesem Fall in Abweichung von der ursprünglichen Aufwandsplanung eine angemessene Anpassung der Vergütung zur Auftragsdurchführung einfordern.

§ 3 Pflichten des Mandanten/der Mandantin

(1) Der Mandant/Die Mandantin unterrichtet die Rechtsanwälte vollständig und umfassend über die ihm/ihr bekannten Sachverhalte, deren Kenntnis für die Sachbearbeitung durch die Rechtsanwälte unerlässlich ist. Die Rechtsanwälte dürfen die Angaben des Mandanten/der Mandantin grundsätzlich ihrer Tätigkeit zugrunde legen, sofern keine offensichtlichen Unstimmigkeiten oder Fehler vorliegen, die eine Nachprüfung erfordern. In diesem Fall werden die Rechtsanwälte den Mandanten/die Mandantin auf entsprechende Zweifel hinweisen und ergänzende Informationen anfordern. Der Mandant/Die Mandantin verpflichtet sich, für die Dauer des Mandats die Rechtsanwälte unverzüglich über Handlungen, die der Mandant/die Mandantin selbst gegenüber Gerichten, Behörden, Dritten oder dem Gegner vorgenommen hat, zu informieren.

(2) Der Mandant/Die Mandantin ist verpflichtet, die Rechtsanwälte bei der Auftragsdurchführung zu unterstützen und alle ihm/ihr möglichen, zur ordnungsgemäßen Auftragsdurchführung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen; neben den erforderlichen und bedeutsamen Informationen, die den Rechtsanwälten rechtzeitig zur Verfügung zu stellen sind, sind den Rechtsanwälten alle Unterlagen des Mandanten/der Mandantin rechtzeitig zu übermitteln. Jede Adressänderung (Wohnsitz, Anschrift, Geschäftsadressen, Telefonnummern, Faxnummern, E-Mail-Anschriften) sowie Abwesenheiten sind den Rechtsanwälten unverzüglich mitzuteilen.

§ 4 Elektronische Akte / Dokumentenmanagement / Kommunikation / Verschwiegenheit

(1) Der Mandant/Die Mandantin erklärt sich damit einverstanden, dass die Rechtsanwälte die Mandatsakte elektronisch führen.

(2) Die vom Mandanten/von der Mandantin bei Mandatsbeginn bekannt gegebenen Kontaktdaten gelten bis zur Angabe neuer Kontaktdaten des Mandanten/der Mandantin als zutreffend. Soweit die Rechtsanwälte an die angegebene Adresse

engagement themselves.

(6) The lawyers are only obliged to file and withdraw appeals and other legal remedies if they have received and accepted an engagement to this effect.

(7) In the event of multiple clients in the same matter, the lawyers are entitled to inform all clients comprehensively. Any conflicting individual instructions by a single client shall be disregarded in this respect. Objections raised by one of the clients towards the lawyers, or actions taken by the lawyers towards one client, shall have effect for and against all clients. In the event of conflicting actions or declarations by the clients, the lawyers are entitled to terminate the mandate.

(8) If the client requests a change of the engagement during the execution of the mandate, the lawyers are obliged to comply with the request for change if the implementation of such change is reasonable for them. In this case, the lawyers may, by way of deviation from the originally planned level of effort, demand an appropriate adjustment of the remuneration for the performance of the engagement.

§ 3 Duties of the Client

(1) The client shall fully and comprehensively inform the lawyers about all facts known to him/her, the knowledge of which is indispensable for the proper handling of the matter by the lawyers. The lawyers may, as a rule, base their work on the information provided by the client, unless there are obvious inconsistencies or errors that require further verification. In such a case, the lawyers shall draw the client's attention to the respective doubts and request additional information. For the duration of the mandate, the client undertakes to inform the lawyers without delay of any actions that the client has taken vis-à-vis courts, authorities, third parties or the opposing party.

(2) The client is obliged to support the lawyers in the performance of the engagement and to create all conditions within his/her power that are necessary for proper performance of the engagement; in addition to providing the required and relevant information to the lawyers in due time, all documents of the client must be transmitted to the lawyers in due time. Any change of address (place of residence, mailing address, business address, telephone numbers, fax numbers, email addresses) as well as absences must be communicated to the lawyers without delay.

§ 4 Electronic File / Document Management / Communication / Confidentiality

(1) The client agrees that the lawyers will maintain the mandate file in electronic form.

(2) The contact details provided by the client at the beginning of the mandate shall be deemed correct until new contact details are provided by the client. As far as the lawyers send documents to the address given, they have fulfilled their duty

Schriftstücke versenden, genügen sie ihrer Informationspflicht. Gibt der Mandant/die Mandantin eine E-Mail-Adresse und/oder Faxnummer beim Mandatsbeginn als Adressdaten an, dürfen die Rechtsanwälte, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wird, über diese Kommunikationswege mit dem Mandanten/der Mandantin korrespondieren. Bei Mitteilung einer E-Mail-Adresse durch den Mandanten/die Mandantin erklärt diese/r sich mit der unverschlüsselten Übermittlung von Mitteilungen durch die Rechtsanwälte einverstanden, es sei denn, der Mandant/die Mandantin widerspricht dieser Übermittlungsart ausdrücklich. Der Mandant/Die Mandantin wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Nutzung von Telefax und elektronischen Medien (E-Mail) die Vertraulichkeit nicht vollständig gewährleistet werden kann. Auf Wunsch des Mandanten/der Mandantin bieten die Rechtsanwälte eine verschlüsselte E-Mail-Kommunikation an.

(3) Die Rechtsanwälte sind befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrags die ihnen anvertrauten personenbezogenen Daten des Mandanten/der Mandantin unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten. Näheres ergibt sich aus der gesonderten Datenschutzerklärung der Rechtsanwälte, die dem Mandanten/der Mandantin bei Mandatsbeginn zur Verfügung gestellt wird.

(4) Die Rechtsanwälte sind zeitlich unbegrenzt verpflichtet, über alle Informationen oder Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Mandanten/der Mandantin, die ihnen im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt werden, Verschwiegenheit zu bewahren. Die Weitergabe an nicht mit der Durchführung des Auftrages beauftragte Dritte darf nur mit Einwilligung des Mandanten/der Mandantin erfolgen.

(5) Der Mandant/Die Mandantin ist ausdrücklich damit einverstanden, dass die Rechtsanwälte Mandatsinformationen an die Rechtsschutzversicherung des Mandanten/der Mandantin weitergeben, wenn die Rechtsanwälte den Auftrag erhalten haben, mit der Rechtsschutzversicherung zu korrespondieren. Die Rechtsanwälte weisen ausdrücklich darauf hin, dass durch die Übernahme der Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung die Verpflichtung des Mandanten/der Mandantin zur Bezahlung der anwaltlichen Vergütung nicht entfällt.

(6) Die Rechtsanwälte können im Rahmen des Mandats KI-gestützte Systeme sowie externe Dienstleister (z.B. IT-Dienstleister, Recherchedienste, Übersetzer, Schreibbüros) einsetzen, soweit dies zur ordnungsgemäßen Bearbeitung des Mandats erforderlich oder zweckmäßig ist. Die Rechtsanwälte stellen sicher, dass sämtliche eingesetzten Personen und Dienstleister zur Verschwiegenheit verpflichtet werden und die geltenden Datenschutzbestimmungen einhalten. Soweit möglich, werden Daten pseudonymisiert oder anonymisiert verarbeitet. Erfolgt eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch externe Dienstleister, geschieht dies auf Grundlage geeigneter vertraglicher Vereinbarungen und gemäß der Datenschutzerklärung der Rechtsanwälte.

(7) Die Rechtsanwälte sind berechtigt, rechtliche Fragestellungen und Fallkonstellationen aus dem Mandatsverhältnis in vollständig anonymisierter Form zu Schulungs-, Qualitäts- und Veröffentlichungszwecken (z.B. Fachbeiträge, Blogbeiträge, Vorträge) zu verwenden. Eine Verwendung erfolgt ausschließlich in der Weise, dass nach dem objektiven Empfängerhorizont kein Rückschluss auf die Identität des Mandanten/der Mandantin

to inform. If the client provides an email address and/or fax number as contact data at the beginning of the mandate, the lawyers may, unless expressly agreed otherwise, correspond with the client by these means of communication. By providing an email address, the client agrees to the unencrypted transmission of communications by the lawyers, unless the client expressly objects to this method of transmission. The client is expressly informed that confidentiality cannot be fully guaranteed when using fax and electronic media (email). At the client's request, the lawyers offer encrypted email communication.

(3) The lawyers are authorized, within the purpose of the engagement, to collect, store and process the client's personal data entrusted to them, in compliance with the applicable data protection provisions, in particular the EU General Data Protection Regulation (GDPR) and the German Federal Data Protection Act (Bundesdatenschutzgesetz – BDSG). Further details follow as of the separate privacy policy of the lawyers, which is made available to the client at the beginning of the mandate.

(4) The lawyers are obliged, without time limitation, to maintain confidentiality regarding all information or business and trade secrets of the client that become known to them in connection with the engagement. Disclosure to third parties not instructed with the performance of the engagement may only take place with the client's consent.

(5) The client expressly agrees that the lawyers may forward mandate-related information to the client's legal expenses insurance if the lawyers have been instructed to correspond with the legal expenses insurance. The lawyers expressly point out that taking over correspondence with the legal expenses insurance does not release the client from the obligation to pay the lawyers' fees.

(6) The lawyers may, in the context of the mandate, use AI-based systems as well as external service providers (e.g., IT service providers, research services, translators, secretarial and typing services), provided this is necessary or appropriate for the proper handling of the mandate. The lawyers ensure that all individuals and service providers engaged are bound to confidentiality and comply with the applicable data protection provisions. Where possible, data will be processed in pseudonymized or anonymized form. If personal data is processed by external service providers, this is done on the basis of appropriate contractual arrangements and in accordance with the lawyers' privacy policy.

(7) The lawyers are entitled to use legal issues and case constellations arising from the mandate, in fully anonymized form, for training, quality assurance and publication purposes (e.g., specialist articles, blog posts, lectures). Any such use shall be made exclusively in a manner that, from the perspective of an objective recipient, does not allow any inference to be drawn as to the identity of the client or any other persons

oder anderer Beteiligter möglich ist. Soweit im Einzelfall eine Anonymisierung nicht hinreichend möglich erscheint, insbesondere bei bereits öffentlich bekannt gewordenen Sachverhalten, oder besondere Geheimhaltungsinteressen des Mandanten/der Mandantin berührt sind, erfolgt eine Verwendung nur mit vorheriger ausdrücklicher Einwilligung des Mandanten/der Mandantin.

§ 5 Vergütung / Belehrungen

(1) Die Einzelheiten zur Vergütung, insbesondere die Berechnungsgrundlagen (z.B. Stundensätze, Gegenstandswert, gesetzliche Gebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, RVG, oder dem D.M. 55/2014 sowie etwaige Pauschal- oder Rahmenvergütungen) ergeben sich aus einer gesonderten schriftlichen Vergütungsvereinbarung mit

Auftragskonkretisierung, die dem Mandanten/der Mandantin vor oder spätestens bei Mandatserteilung zur Verfügung gestellt wird. Die Vergütungsvereinbarung stellt die maßgeblichen Faktoren der Vergütungsberechnung sowie mögliche zusätzliche Kosten (z.B. Auslagen, Reisekosten) transparent dar.

(2) Soweit zwischen den Rechtsanwälten und dem Mandanten/der Mandantin oder Dritten eine individuelle Vergütungsvereinbarung nicht geschlossen worden ist, erfolgt die Abrechnung des Mandats nach den gesetzlichen Gebühren. Für in Deutschland zu bearbeitende Angelegenheiten richtet sich die Vergütung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG); für in Italien zu bearbeitende oder Italien betreffende Angelegenheiten kann, sofern ausdrücklich vereinbart – das D.M. 55/2014 in der jeweils geltenden Fassung zur Anwendung kommen. Werden in außergerichtlichen Angelegenheiten niedrigere Gebühren als in den gesetzlichen Gebühren vorgesehen vereinbart, ist die Vereinbarung nur verbindlich, wenn sie in Schriftform geschlossen worden ist.

(3) Wird nach dem RVG abgerechnet, richtet sich die Abrechnung nach dem Gegenstandswert des Mandats, es sei denn, es handelt sich um ein Mandat, bei dem die Abrechnung nach dem RVG nicht nach dem Gegenstandswert erfolgt, wie teilweise in Strafsachen oder in bestimmten sozialrechtlichen Angelegenheiten. Bei Beauftragung der Rechtsanwälte ist der Gegenstandswert des Mandats unter Umständen vorläufig.

(4) Haben Mandant/in und Rechtsanwälte eine Vergütungsvereinbarung mit zeitlicher Abrechnung vereinbart, dürfen die Rechtsanwälte das Mandat auch dann weiterbearbeiten, wenn der zunächst vorgesehene Zeitaufwand überschritten worden ist. Dies gilt nicht, wenn der Mandant/die Mandantin der Weiterbearbeitung ausdrücklich widerspricht und die Rechtsanwälte den Mandanten/die Mandantin auf diesen Sachverhalt nicht hingewiesen haben. Die Rechtsanwälte sind verpflichtet, das Erreichen des vorgesehenen Zeitaufwands dem Mandanten/der Mandantin unverzüglich bekanntzugeben. Soweit in der Vergütungsvereinbarung Stunden oder sonstige zeitliche Maßeinheiten als Abrechnungsgrundlage vereinbart worden sind, führen die Rechtsanwälte bei der Durchführung des Mandats Aufzeichnungen über den Zeitaufwand. Der Zeitaufwand wird dem Mandanten/der Mandantin mit Rechnungsstellung bekanntgegeben. Der Mandant/Die Mandantin wird gebeten, die Abrechnung innerhalb von vier Wochen nach Zugang zu prüfen und etwaige Einwendungen gegen den abgerechneten Zeitaufwand mitzuteilen. Der Mandant/Die Mandantin kann jederzeit Einsicht in die von den Rechtsanwälten gefertigten Zeitaufzeichnungen verlangen.

(5) Geht ein Mandat, das zunächst außergerichtlich nach individueller Vergütungsvereinbarung abgerechnet wurde, in ein

involved. Where, in an individual case, anonymization does not appear to be sufficiently possible, particularly in relation to facts that have already become publicly known, or where specific confidentiality interests of the client are affected, such use shall only occur with the client's prior express consent.

§ 5 Remuneration / Information

(1) Details regarding remuneration, in particular the calculation basis (e.g. hourly rates, the value in dispute/subject-matter value, statutory fees under the German Lawyers' Remuneration Act – RVG or under Italian Ministerial Decree No. 55/2014 – D.M. 55/2014, as well as any fixed fees or fee ranges) are set out in a separate written fee agreement specifying the scope of the engagement, which will be made available to the client before or, at the latest, upon acceptance of the mandate. The fee agreement transparently sets out the key factors for the fee calculation as well as any potential additional costs (e.g., disbursements, travel expenses).

(2) If no individual remuneration agreement has been concluded between the lawyers and the client or third parties, the mandate is billed in accordance with the applicable statutory fees. For matters to be handled in Germany, fees are determined under the German Lawyers' Remuneration Act (RVG); for matters to be handled in Italy or relating to Italy, Italian Ministerial Decree No. 55/2014 (D.M. 55/2014), as amended from time to time, may apply, provided this has been expressly agreed. Where, in out-of-court matters, fees lower than the statutory fees are agreed, such agreement is binding only if concluded in written form.

(3) If billing is carried out in accordance with the RVG, the billing is based on the value of the matter in dispute of the mandate, unless it is a mandate in which billing pursuant to the RVG is not based on such value, as is partly the case in criminal matters or certain social law matters. When the lawyers are engaged, the value of the matter in dispute may, under certain circumstances, be preliminary.

(4) If the client and the lawyers have agreed on a remuneration agreement based on time spent, the lawyers may continue to work on the mandate even if the initially envisaged time budget has been exceeded. This does not apply if the client expressly objects to the continuation of the work and the lawyers have failed to inform the client of this situation. The lawyers are obliged to inform the client without delay when the envisaged time budget has been reached. Where hours or other time units have been agreed in the remuneration agreement as the basis for billing, the lawyers shall keep records of the time spent in performing the mandate. The time spent shall be communicated to the client when the invoice is issued. For the sake of administrative efficiency, the client is requested to review the invoice within four weeks of receipt and to notify any objections to the time billed. The client may at any time request access to the time records kept by the lawyers.

(5) If a mandate that was initially billed out of court under an individual remuneration agreement proceeds to court

gerichtliches Verfahren über, findet eine Anrechnung über die gesetzlichen Gebühren nach dem RVG für den Rechtsstreit nur bei ausdrücklicher Vereinbarung statt. Insoweit wird der Mandant/die Mandantin darauf hingewiesen, dass diese Vereinbarung von den gesetzlichen Abrechnungsregeln des RVG abweicht.

(6) In Arbeitsrechtssachen besteht im Urteilsverfahren des ersten Rechtszuges kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die anwaltliche Prozessvertretung durch die Rechtsanwälte.

(7) Der Mandant/Die Mandantin kann im Falle der Bedürftigkeit Beratungs- sowie Prozesskostenhilfe in Anspruch nehmen. Die Bedürftigkeit ist vom Mandanten/von der Mandantin nachzuweisen. Nachlässigkeiten gehen zu seinen/ihren Lasten. Im Strafverfahren besteht die Möglichkeit, den Rechtsanwalt durch das Gericht als Pflichtverteidiger beordnen zu lassen. Wird die Kostenerstattung durch die Staatskasse verweigert, so wird der Mandant/die Mandantin darauf hingewiesen, dass er die Vergütung sowie die entstandenen Kosten des Verfahrens selbst zu tragen hat. Die Staatskasse kann im Einzelfall die Kosten, die durch die Gewährung von Beratungs-, Prozesskostenhilfe sowie durch die Beordnung eines Pflichtverteidigers entstanden sind, vom Mandanten/von der Mandantin nach Beendigung des Verfahrens zurückfordern.

(8) Wird einer der Rechtsanwälte zum Pflichtverteidiger bestellt, so ist dieser auch ohne den Abschluss einer Vergütungsvereinbarung zur Verteidigung des Mandanten/der Mandantin verpflichtet. Wird einer der Rechtsanwälte nach einer Beauftragung zur Strafverteidigung durch den Mandanten/die Mandantin als Pflichtverteidiger bestellt, so ist dieser zur weiteren Verteidigung verpflichtet, unabhängig von einer abgeschlossenen Vergütungsvereinbarung.

(9) Hat der Mandant/die Mandantin eine Rechtsschutzversicherung, so obliegt ihm/ihr als Versicherungsnehmer/in grundsätzlich selbst, eine Deckungszusage einzuholen und mit der Rechtsschutzversicherung abzurechnen. Auftraggeber/in der Rechtsanwälte ist, auch im Falle des Bestehens einer Rechtsschutzversicherung, ausschließlich der Mandant/die Mandantin. Dem Mandanten/Der Mandantin ist bekannt, dass er/sie selbst für den Vergütungsanspruch der Rechtsanwälte haftet, falls eine Deckungszusage durch seine/ihre Rechtsschutzversicherung nur zum Teil oder gar nicht erteilt wird. Die Rechtsschutzversicherung erstattet in der Regel nur die Kosten für die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts. Beauftragt der Mandant/die Mandantin die Rechtsanwälte ausdrücklich mit der Einholung einer Deckungszusage, sind die Rechtsanwälte berechtigt, für diese Tätigkeit eine Vergütung nach den gesetzlichen Regeln vom Mandanten/von der Mandantin zu verlangen. Der Gegenstandswert für diese Tätigkeit bestimmt sich nach der Höhe der Kosten. Eine Gewähr für die Erteilung einer Deckungszusage wird nicht übernommen. Soll die Aufnahme der vereinbarten anwaltlichen Tätigkeit vom vorherigen Vorliegen einer Deckungszusage abhängig sein, ist dies ausdrücklich zu vereinbaren.

(10) Fallen bei einer gerichtlichen Vertretung Gerichtsort und Kanzleisitz auseinander, so entstehen durch die Beauftragung der Rechtsanwälte Mehrkosten, die gegebenenfalls von der Gegenseite und/oder der Rechtsschutzversicherung nicht getragen werden.

(11) Der Mandant/Die Mandantin ist grundsätzlich verpflichtet, einen angemessenen Vorschuss, der bis zur vollständigen

proceedings, any crediting against statutory fees pursuant to the RVG for the litigation shall only take place if expressly agreed. The client is hereby advised that such agreement deviates from the statutory billing rules of the RVG.

(6) In employment law matters, in first-instance proceedings on the merits, the prevailing party has no claim to compensation for loss of time or to reimbursement of the costs of legal representation by the lawyers.

(7) If the client does not have sufficient financial means, he/she may make use of advisory aid and legal aid for court proceedings. The client must substantiate his/her financial need. Any negligence in this regard shall be to the client's detriment. In criminal proceedings, it is possible for the court to appoint the lawyer as court-appointed defense counsel. If reimbursement of costs by the state treasury is refused, the client is informed that he/she must bear the remuneration and costs of the proceedings personally. The state treasury may, in individual cases, reclaim from the client the costs arising from the granting of advisory aid, legal aid for court proceedings and the appointment of a court-appointed defense counsel after the proceedings have been concluded.

(8) If one of the lawyers is appointed as court-appointed defense counsel, he/she is obliged to conduct the defense of the client even without a remuneration agreement. If, after being engaged by the client for criminal defense, one of the lawyers is appointed as court-appointed defense counsel, he/she is obliged to continue the defense, regardless of any remuneration agreement concluded.

(9) If the client has legal expenses insurance, it is in principle the client's own responsibility as policyholder to obtain coverage approval and to settle the account with the legal expenses insurer. The client is, even where legal expenses insurance exists, the sole party instructing the lawyers. The client is aware that he/she remains personally liable for the lawyers' remuneration if coverage approval is granted only in part or not at all by the legal expenses insurer. The legal expenses insurer generally reimburses only the costs of instructing a lawyer. If the client expressly instructs the lawyers to obtain coverage approval, the lawyers are entitled to claim remuneration from the client for this activity in accordance with the statutory rules. The value in dispute for this activity is determined by the amount of the costs. No guarantee is given that coverage approval will be granted. If the commencement of the agreed legal work is to depend on prior coverage approval, this must be expressly agreed.

(10) If, in the context of representation before a court, the place of the court and the location of the law firm are not the same, engaging the lawyers gives rise to additional costs, which may not be borne by the opposing party and/or the legal expenses insurer.

(11) The client is generally obliged to pay an appropriate advance, which may extend up to the full amount of the

gesetzlichen Vergütung reichen kann, zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Dritte bestehen. Die Rechtsanwälte sind nicht verpflichtet, Kosten für den Mandanten/die Mandantin auszulegen. Der Mandant/Die Mandantin wird darauf hingewiesen, dass er/sie durch die Nichtzahlung von Vorschüssen und Kosten die Durchsetzung seiner/ihrer Rechte gefährdet.

(12) Zur Sicherung sämtlicher Vergütungsansprüche tritt der Mandant/die Mandantin an die Rechtsanwälte sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung gegen die Gegenseite, die Staatskasse, die Rechtsschutzversicherung, bei vorliegender Zustimmung durch diese, oder sonstige Dritte in Höhe der Vergütungsforderung der Rechtsanwälte mit der Ermächtigung ab, diese Abtretung dem Zahlungsverpflichteten anzuzeigen. Diese Anzeige erfolgt nur, wenn die Parteien die Anzeige der Abtretung zur Einziehung von Forderungen des Mandanten/der Mandantin vereinbaren, der Mandant/die Mandantin seinen/ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, insbesondere, wenn der Mandant/die Mandantin die Zahlung verweigert, in Zahlungsverzug gerät oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über sein/ihr Vermögen gestellt ist.

(13) Die Rechtsanwälte sind berechtigt, eingehende Erstattungsbeträge und sonstige, dem Mandanten/der Mandantin zustehende Forderungen, die bei ihnen eingehen, mit offenen Honorarforderungen oder noch abzurechnenden Leistungen nach Rechnungsstellung zu verrechnen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

(14) Der Mandant/Die Mandantin hat die den Rechtsanwälten entstandenen und zu belegenden Auslagen, soweit sie notwendig oder vereinbart waren, zu erstatten, insbesondere Reise- und Übernachtungskosten, Kosten für Kommunikationsdienstleistungen, Gerichtskosten sowie Kosten für externe Dienstleister (z.B. Sachverständige).

§ 6 Zahlung

(1) Vorschussrechnungen der Rechtsanwälte sowie die Abschlussrechnung sind ohne Abzug zahlbar.

(2) Sind bereits Kosten und Zinsen zu Lasten des Mandanten/der Mandantin entstanden, sind die Rechtsanwälte berechtigt, Zahlungen zunächst auf die Kosten, dann auf die Zinsen und zuletzt auf die Hauptforderung zu verrechnen. Eine Aufrechnung gegen Forderungen der Rechtsanwälte (Vergütung und Auslagen) ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen des Mandanten/der Mandantin zulässig.

(3) Mehrere Auftraggeber/innen haften gesamtschuldnerisch auf Zahlung der gesetzlichen oder vereinbarten Vergütung der Rechtsanwälte, wenn die Rechtsanwälte für sie in derselben Angelegenheit tätig werden.

(4) Auf Vergütungsforderungen der Rechtsanwälte sind Leistungen an Erfüllung statt und erfüllungshalber ausgeschlossen. Zahlungsanweisungen, Kreditkartenzahlungen sowie Schecks und Wechsel werden nur unter Berechnung aller Einziehungs- und Diskontspesen angenommen und gelten nur dann als Erfüllung des Zahlungsanspruches, wenn der Betrag eingelöst wird und den Rechtsanwälten uneingeschränkt zur Verfügung steht.

(5) Der Mandant/Die Mandantin kommt spätestens 30 Tage nach Zugang einer Rechnung in Verzug. Hierauf wird in der Rechnung hingewiesen.

(6) Offene Forderungen der Rechtsanwälte werden gemäß § 288 BGB verzinst.

statutory remuneration. This also applies where claims for reimbursement of costs against third parties exist. The lawyers are not obliged to advance costs on behalf of the client. The client is advised that by failing to pay advances and costs, he/she risks impairing the enforcement of his/her rights.

(12) To secure all remuneration claims, the client assigns to the lawyers, in the amount of the lawyers' remuneration claim, all claims for reimbursement of costs against the opposing party, the state treasury, the legal expenses insurer, subject to that insurer's consent, or other third parties, and authorizes the lawyers to notify the debtor of this assignment. Such notification shall only take place if the parties agree on notification of the assignment for the collection of the client's claims, the client fails to meet his/her payment obligations, in particular if the client refuses payment, is in default of payment, or if an application has been filed to open insolvency proceedings over his/her assets.

(13) The lawyers are entitled, to the extent permitted by law, to offset incoming reimbursement amounts and other amounts due to the client that they receive against outstanding remuneration claims and, once invoiced, against fees for services previously rendered but not yet billed.

(14) The client must reimburse the lawyers for expenses incurred and documented by receipts, as far as such expenses were necessary or agreed, in particular travel and accommodation costs, costs for communication services, court fees as well as costs for external service providers (e.g., experts).

§ 6 Payment

(1) Advance invoices issued by the lawyers as well as the final invoice are payable without deduction.

(2) If costs and interest have already arisen at the client's expense, the lawyers are entitled to apply payments first to the costs, then to the interest, and lastly to the principal claim. The client may set off claims against the lawyers' claims for remuneration and expenses only if the client's claims are undisputed or have been finally adjudicated.

(3) If the lawyers act for multiple clients in the same matter, such clients are jointly and severally liable for payment of the statutory or agreed remuneration of the lawyers.

(4) Any performance in lieu of or for the purpose of satisfaction of the lawyers' remuneration claims is excluded. Payment orders, credit card payments as well as checks and bills of exchange are accepted only subject to the charging of all collection and discount charges and shall only be deemed fulfillment of the payment obligation when the amount has been cashed and is unconditionally at the disposal of the lawyers.

(5) The client shall be in default at the latest 30 days after receipt of an invoice. This shall be pointed out in the invoice.

(6) Outstanding claims of the lawyers shall bear interest in accordance with section 288 of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch – BGB).

§ 7 Haftung, Haftungsbeschränkung, Vermögensschadenshaftpflichtversicherung

(1) Jeder einzelne Rechtsanwalt und die Berufsausübungsgesellschaft unterhalten eine Berufshaftpflichtversicherung nach den gesetzlichen Vorgaben der Bundesrechtsanwaltsordnung (insbesondere §§ 51, 59n, 59o BRAO) mit einer Versicherungssumme, die die gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllt oder übersteigt. Auf Verlangen des Mandanten/der Mandantin werden Name und Anschrift des Versicherers sowie der räumliche Geltungsbereich mitgeteilt.

(2) Die Haftung der Berufsausübungsgesellschaft und jedes einzelnen für sie tätigen Rechtsanwalts wird im Rahmen der gesetzlichen Haftungsbeschränkung auf den in der Vergütungs- und Haftungsvereinbarung genannten Betrag begrenzt, soweit gesetzlich zulässig. Diese Haftungsbeschränkung gilt jedoch nicht für Schäden, die auf vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung der Rechtsanwälte beruhen. Dieser Betrag entspricht mindestens der vierfachen Höhe der jeweiligen gesetzlichen Mindestversicherungssumme. Details zur Haftungsbeschränkung sind in der Vergütungs- und Haftungsvereinbarung geregelt, die dem Mandanten/der Mandantin zur Verfügung gestellt wird.

(3) Soweit gesetzlich zulässig und vorbehaltlich Abs. 4–6 wird die Haftung der Berufsausübungsgesellschaft und jedes einzelnen für sie tätigen Rechtsanwalts für Schäden aus einfacher Fahrlässigkeit, die aus der Verletzung beruflicher Pflichten resultieren, auf den in der gesonderten Vergütungs- und Haftungsvereinbarung genannten Betrag begrenzt. Dieser Betrag entspricht mindestens dem vierfachen Betrag der jeweiligen gesetzlichen Mindestversicherungssumme oder der tatsächlich vereinbarten höheren Versicherungssumme; entsprechender Versicherungsschutz besteht.

(4) Die Haftungsbeschränkung nach Abs. 2 gilt nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie nicht für Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der Rechtsanwälte, ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

(5) Unberührt bleiben etwaige zwingende Haftungsregelungen sowie etwaige weitergehende Deckung der Berufshaftpflichtversicherung. Auf Wunsch des Mandanten/der Mandantin kann im Einzelfall auf dessen Kosten eine zusätzliche Versicherung mit höherer Deckungssumme abgeschlossen werden.

(6) Soweit die Haftung der Berufsausübungsgesellschaft und jedes einzelnen für sie tätigen Rechtsanwalts im gesetzlich zulässigen Umfang insgesamt begrenzt ist, gilt die Haftungsbeschränkung gemeinsam für alle aus einem einheitlichen oder in mehreren zusammenhängenden Mandaten entstandenen Schäden.

§ 8 Kündigung, Mandatsbeendigung

(1) Das Vertragsverhältnis kann vom Mandanten/von der Mandantin jederzeit gekündigt werden.

(2) Die Rechtsanwälte können das Mandatsverhältnis ebenfalls jederzeit kündigen. Dies gilt insbesondere, wenn sich der Mandant/die Mandantin in Zahlungsverzug befindet und die Kündigung angedroht worden ist.

(3) Die Kündigung durch die Rechtsanwälte darf nicht zur Unzeit erfolgen.

(4) Nach Mandatsbeendigung werden nicht abgerechnete Leistungen unverzüglich abgerechnet. Die Rechnung ist nach Erhalt sofort auszugleichen, sofern kein Zahlungsziel in der Rechnung vermerkt wird.

§ 7 Liability, Limitation of Liability, Professional Indemnity Insurance

(1) Each individual lawyer and the professional practice entity maintain professional liability insurance in accordance with the statutory requirements of the German Federal Code for Lawyers (in particular sections 51, 59n, 59o BRAO) with an insured sum that meets or exceeds the statutory minimum requirements. Upon the client's request, the name and address of the insurer and the territorial scope of coverage will be provided.

(2) The liability of the professional practice entity and of each individual lawyer acting on its behalf is limited, within the scope of the statutory possibilities for limitation of liability, to the amount specified in the remuneration and liability agreement, as far as legally permissible. This limitation of liability, however, does not apply to damage resulting from intentional or grossly negligent breach of duty by the lawyers. This amount corresponds to at least four times the respective statutory minimum insurance sum. Details of the limitation of liability are set out in the remuneration and liability agreement made available to the client.

(3) The liability of the professional practice entity and of each individual lawyer acting on its behalf for damage arising from simple negligence in the performance of professional duties is, to the extent legally permissible and subject to paragraphs 4–6, limited to the amount specified in the separate remuneration and liability agreement. This amount corresponds to at least four times the respective statutory minimum insurance sum or the actually agreed higher insurance sum; corresponding insurance coverage exists.

(4) The limitation of liability pursuant to paragraph 2 does not apply to damage resulting from injury to life, body, or health, nor to damage resulting from intentional or grossly negligent breach of duty by the lawyers, their legal representatives, or vicarious agents.

(5) Any mandatory liability provisions as well as any broader coverage provided by the professional liability insurance remain unaffected. At the client's request, additional insurance with a higher coverage amount may be taken out in an individual case, at the client's expense.

(6) Where the liability of the professional practice entity and of each individual lawyer acting on its behalf is, to the extent permitted by law, limited in the aggregate, this limitation of liability shall apply jointly to all damage arising from a single mandate or from several related mandates.

§ 8 Termination, End of Mandate

(1) The contractual relationship may be terminated by the client at any time.

(2) The lawyers may likewise terminate the mandate at any time. This applies in particular if the client is in default of payment and termination has been threatened.

(3) Termination by the lawyers must not take place at an inappropriate time.

(4) After the mandate has ended, services not yet billed shall be invoiced without delay. The invoice is payable immediately upon receipt, unless a payment term is specified in the invoice.

(5) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund für die Kündigung des Mandats kann insbesondere dann vorliegen, wenn Vertrauensverlust, falsche Angaben des Mandanten/der Mandantin, Interessenkollisionen oder eine ernsthafte Gefährdung der ordnungsgemäßen Mandatsdurchführung bestehen.

§ 9 Aufbewahrung von Unterlagen, Versendungsrisiko

(1) Die Pflicht der Rechtsanwälte zur Aufbewahrung der Handakte und aller zum Mandat gehörenden Unterlagen endet gemäß § 50 BRAO sechs Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde. Diese Frist kann sich verlängern, sofern gesetzlich eine längere Aufbewahrungspflicht besteht. Die Handakte kann in Papierform oder, wie regelmäßig, elektronisch geführt werden.

(2) Die Rechtsanwälte sind berechtigt, Originalunterlagen des Mandanten/der Mandantin während des laufenden Mandats oder nach dessen Beendigung gegen Empfangsbestätigung an den Mandanten/die Mandantin zurückzugeben. In diesem Fall genügt für die Handakte die Aufbewahrung von Kopien oder elektronischer Abbildungen der Unterlagen. Die Aufbewahrungsfrist kann verkürzt werden, sofern die Rechtsanwälte dem Mandanten/der Mandantin schriftlich die Übernahme dieser Unterlagen vorher angeboten haben.

(3) Werden Unterlagen auf Wunsch oder nach Weisung der des Mandanten/der Mandantin an diese/n versandt, erfolgt der Versand an die zuletzt mitgeteilte Adresse oder an die vom Mandanten/von der Mandantin benannte Empfangsstelle. Das Versendungsrisiko trägt der Mandant/die Mandantin, es sei denn, er/sie hat der Versendung widersprochen und sich verbindlich zu einer unverzüglichen Abholung verpflichtet.

(4) Stehen den Rechtsanwälten gegenüber dem Mandanten/der Mandantin fällige Vergütungsansprüche aus dem Mandat zu, haben die Rechtsanwälte an den ihnen in diesem Mandat zugegangenen Unterlagen ein Zurückbehaltungsrecht. Die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts darf nicht unverhältnismäßig sein.

(5) Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Rechtsanwälte berechtigt, die Handakte ohne weitere Ankündigung zu vernichten oder, im Falle elektronischer Aktenführung, unwiederbringlich zu löschen, sofern nicht ausnahmsweise eine längere gesetzliche Aufbewahrungsfrist besteht.

§ 10 Gerichtsstandsvereinbarung

(1) Für alle Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis mit Mandanten/Mandantinnen, die keine Verbraucher/innen sind, wird, soweit gesetzlich zulässig, der Gerichtsstand am Sitz der Berufsausübungsgesellschaft vereinbart.

(2) Hat ein Mandant/eine Mandantin, der kein Verbraucher/die keine Verbraucherin ist, keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland oder verlegt er/sie seinen/ihren Sitz nach Vertragsabschluss ins Ausland oder ist sein/ihr Sitz im Zeitpunkt der Klageerhebung unbekannt, ist der Gerichtsstand ebenfalls der Sitz der Kanzlei der Rechtsanwälte. Leistungsort der Rechtsanwälte ist der Sitz der Kanzlei, es sei denn, es wird ausdrücklich ein anderer Leistungsort vereinbart.

(3) Für Mandanten/Mandantinnen, die Verbraucher/innen sind, gelten die gesetzlichen Gerichtsstandsregelungen.

§ 11 Schlussklausel

(1) Rechte aus dem Vertragsverhältnis mit den Rechtsanwälten dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Rechtsanwälte abgetreten werden.

(5) The right to extraordinary termination for good cause remains unaffected. A good cause for termination of the mandate may exist in particular where there is a loss of trust, false statements by the client, conflicts of interest, or a serious risk to the proper handling of the mandate.

§ 9 Retention of Documents, Risk of Dispatch

(1) The lawyers' obligation to retain the case file maintained by the firm and all documents relating to the mandate ends, pursuant to section 50 BRAO, six years after the end of the calendar year in which the mandate was terminated. This period may be extended if a longer statutory retention obligation applies. The case file may be kept in paper form or as is customary, electronically.

(2) The lawyers are entitled to return original documents of the client to the client during the ongoing engagement or after its termination against written acknowledgement of receipt. In such cases, it is sufficient for the case file to retain copies or electronic images of the documents. The retention period may be shortened if the lawyers have previously offered the client, in writing, to take over custody of these documents.

(3) If documents are sent to the client at his/her request or upon his/her instructions, dispatch shall be made to the most recently notified address or to the receiving address designated by the client. The risk of dispatch shall be borne by the client unless the client has objected to dispatch and has bindingly undertaken to collect the documents without delay.

(4) If the lawyers have due remuneration claims against the client arising from the mandate, they have a right of retention with respect to the documents received by them in the mandate. The exercise of the right of retention must not be disproportionate.

(5) Upon expiry of the retention period, the lawyers are entitled to destroy the case file without further notice or, in the case of electronic file management, to delete it irretrievably, unless, by way of exception, a longer statutory retention period applies.

§ 10 Agreement on the Place of Jurisdiction

(1) For all disputes arising from the mandate with clients who are not consumers, the courts at the registered office of the professional practice entity shall, to the extent legally permissible, have jurisdiction.

(2) If a client who is not a consumer has no general place of jurisdiction in Germany, or if he/she moves his/her registered office abroad after conclusion of the contract, or if his/her registered office is unknown at the time the claim is filed, the courts at the registered office of the law firm of the lawyers shall likewise have jurisdiction. The place of performance for the lawyers shall be the registered office of the law firm unless another place of performance is expressly agreed.

(3) For clients who are consumers, the statutory rules on jurisdiction apply.

§ 11 Final Provisions

(1) Rights arising from the contractual relationship with the lawyers may only be assigned with the prior written consent of the lawyers.

(2) Für alle vertraglichen Beziehungen zwischen dem Mandanten/der Mandantin und der Berufsausübungsgesellschaft gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt auch dann, wenn der Mandant/die Mandantin seinen/ihren Sitz im Ausland hat oder der Auftrag im Ausland ausgeführt wird. Etwas anderes gilt nur, wenn bei Auftragserteilung ausdrücklich ein anderes Recht vereinbart worden ist.

(3) Für vermögensrechtliche Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis zwischen den Rechtsanwälten und Verbrauchern/Verbraucherinnen ist die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft (Rauchstr. 26, 10787 Berlin) die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes (VSBG). Weitere Informationen sind unter www.s-d-r.org abrufbar. Die Rechtsanwälte sind nicht verpflichtet und nicht bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

(4) Änderungen oder Ergänzungen dieser Mandatsbedingungen bedürfen der Schriftform und müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein. Dies gilt auch für diese Regelung.

(5) Sollte eine dieser Bestimmungen lückenhaft, rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausführung der hierdurch entstandenen Lücke gilt eine angemessene Regelung, die im Rahmen des rechtlich Zulässigen dem, was die Vertragspartner gewollt haben bzw. gewollt haben würden, am nächsten kommt, als vereinbart.

(6) Die Rechtsanwälte nutzen im Rahmen des Mandatsverhältnisses bei Bedarf Formulare mit mehrsprachigen Texten. Im Falle von Widersprüchen zwischen dem deutschen und fremdsprachigen Wortlaut, dessen Struktur, Bedeutung oder Auslegung, ist die deutsche Struktur, Bedeutung oder Auslegung maßgebend.

(2) All contractual relationships between the client and the professional practice entity are governed exclusively by the law of the Federal Republic of Germany. This applies even if the client has his/her place of residence or registered office abroad, or the engagement is performed abroad. The above shall apply unless another law has been expressly agreed at the time of granting the engagement.

(3) For disputes concerning financial claims arising from the mandate between the lawyers and consumers, the Conciliation Board of the Legal Profession (Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Rauchstr. 26, 10787 Berlin) is the competent consumer arbitration body within the meaning of the German Consumer Dispute Resolution Act (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz – VSBG). Further information can be obtained at www.s-d-r.org. The lawyers are neither obliged nor willing to participate in dispute resolution proceedings before a consumer arbitration body.

(4) Amendments or supplements to these Terms and Conditions of Mandate must be made in writing and must be expressly identified as such. This also applies to this provision.

(5) Should any of these provisions be incomplete, invalid, or unenforceable, or become so, this shall not affect the validity of the remaining provisions. In place of the invalid or unenforceable provision, or in order to fill the resulting gap, an appropriate provision shall be deemed agreed which, to the extent legally permissible, comes closest to what the contracting parties intended or would have intended.

(6) Within the scope of the engagement, the lawyers may, where necessary, use forms containing multilingual texts. In the event of any discrepancies between the German version and any foreign-language wording, or as to its structure, meaning or interpretation, the German version shall prevail.